



Haushalts- und Finanzausschuss

25. Sitzung (öffentlich)

13. Juni 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:00 Uhr bis 14:40 Uhr

Vorsitz: Christian Möbius (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug, Ulrike Schmick

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Aktuelle Viertelstunde	5
<u>Thema:</u> Ausstehende Gehaltszahlungen an studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte	
Antrag der Piratenfraktion	
– Bericht von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM)	5
– Aussprache	6
1 Gesetz über die Errichtung des Landesamtes für Finanzen und zur Änderung weiterer Gesetze	14
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/2556	

Der Gesetzentwurf wird kurz beraten. Die Abstimmung soll am 4. Juli 2013 erfolgen.

2 Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes 17

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2722

Der Haushalts- und Finanzausschuss **beschließt** einvernehmlich, **kein Votum** zu dem **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/2722** abzugeben und sich nachrichtlich an der geplanten Anhörung des Ausschusses für Kommunalpolitik zu beteiligen.

3 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 4. Quartal des Haushaltsjahres 2012 sowie Überschreitungen unter 25.000 Euro im gesamten Haushaltsjahr 2012 19

Vorlage 16/869

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten einstimmig, die in Vorlage 16/869 dargestellten über- und außerplanmäßigen Ausgaben **zu genehmigen**.

4 Kaufabsicht des Landes über die Bundesanteile am Hafen Duisburg 20

Vorlage 16/844

Fragen aus dem Ausschuss werden vom Finanzministerium beantwortet.

5 Public Corporate Governance Kodex des Landes Nordrhein-Westfalen 23

Vorlage 16/788

Zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen nehmen Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) und LMR Thomas Bringmann (FM) Stellung.

6	Phoenix-Portfolio, Klärung offener Fragen zu Phoenix und EAA	31
7	Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften zur Vergütungsoffenlegung bei nordrhein-westfälischen Sparkassen	31
	Sachstandsbericht der Landesregierung	
8	Eventualverbindlichkeiten von 19,7 Milliarden € im neuen Geschäftsbericht der Ersten Abwicklungsanstalt (EAA): Zusammensetzung, Hintergründe, Haftungsverhältnisse, Risikovorsorge und Eintrittswahrscheinlichkeiten	31
	Bericht der Landesregierung	
	Diese Tagesordnungspunkte werden aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung verschoben.	
10	Verschiedenes	32
	a) Außerplanmäßige Sitzung am 9. Juli 2013	32
	b) Vorlage zur Provinzialversicherung	32
	c) Gutachten zu den Ministerpensionen	32
	d) Fragen zum THTR 300 Hamm-Uentrop	33
9	Gespräch mit dem Vorstand der NRW.BANK	34
	– Präsentation durch den Vorstandsvorsitzenden Dietmar P. Binkowska und die Vorstandsmitglieder Michael Stölting und Klaus Neuhaus (NRW.BANK) (<i>siehe auch Anlage zu diesem Protokoll</i>)	34
	– Aussprache	41

2 Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2722

Vorsitzender Christian Möbius führt aus, der Gesetzentwurf sei vom Plenum am 16. Mai 2013 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kommunalpolitik sowie zur Mitberatung an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen worden.

Der federführende Ausschuss für Kommunalpolitik habe sich darauf verständigt, am 5. Juli 2013 die kommunalen Spitzenverbände und die Sprecher des Zusammenschlusses der Kommunen, die dem Stärkungspakt angehörten, anzuhören. Die Auswertung werde wahrscheinlich im Anschluss daran am gleichen Tag erfolgen. Es sei Ziel des Ausschusses für Kommunalpolitik, die zweite Lesung des Gesetzentwurfs im Juli-Plenum durchzuführen. Der mitberatende HFA könne sich heute auf seine Beteiligung verständigen.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) stellt heraus, hier handele es sich um einen Vorgang, bei dem eine zugewiesene Haushaltsmenge zum Stärkungspakt intern im Fachbereich umsortiert werden solle. Für den Haushalt selbst ergäben sich weder Mehr- noch Minderbelastungen. Er schlage vor, einen Vorbehaltsbeschluss zu fassen und das aus Sicht des HFA damit abzuschließen.

Vorsitzender Christian Möbius macht noch einmal darauf aufmerksam, dass das Plenum den Gesetzentwurf auch an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Mitberatung überwiesen habe.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) sieht zwei Möglichkeiten. Entweder einige man sich auf eine nachrichtliche Beteiligung, weil eine Fundamentalbeteiligung inhaltlicher Art weniger gegeben sei, oder der Ausschuss gebe kein Votum ab. Beides wären aus der der CDU-Fraktion gangbare Wege.

Ralf Witzel (FDP) hält eine nachrichtliche Beteiligung des HFA für sinnvoll.

Wenn man den Gesetzentwurf am 4. Juli noch einmal aufrufen würde, würde der Ausschuss nicht viel gewinnen, da die Anhörung einen Tag später stattfinde, gibt **Vorsitzender Christian Möbius** zu bedenken.

Martin Börschel (SPD) hielte es angesichts der Zeitschiene für ehrlicher, kein Votum zu dem Gesetzentwurf abzugeben.

Vorsitzender Christian Möbius fragt, ob Konsens bestehe, bereits heute auf ein Votum zu verzichten und sich zugleich an der Anhörung nachrichtlich zu beteiligen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss **beschließt** einvernehmlich, **kein Votum** zu dem **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/2722** abzugeben und sich nachrichtlich an der geplanten Anhörung des Ausschusses für Kommunalpolitik zu beteiligen.